

N° 2753.

ALLEMAGNE ET DANEMARK

Echange de notes comportant un arrangement relatif à l'extradition et à l'assistance judiciaire en matière pénale. Copenhague, le 23 juin 1931.

GERMANY AND DENMARK

Exchange of Notes constituting an Arrangement regarding Extradition and Judicial Assistance in Criminal Matters. Copenhagen, June 23, 1931.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o 2753. — NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER DÄNISCHEN REGIERUNG BETREFFEND EINE VEREINBARUNG ÜBER AUSLIEFERUNG UND RECHTSHILFE IN STRAFSACHEN. KOPENHAGEN DEN 23. JUNI 1931.

Texte officiel allemand communiqué par le délégué permanent du Danemark auprès de la Société des Nations. L'enregistrement de cet échange de notes a eu lieu le 4 juillet 1931.

German official text communicated by the Permanent Delegate of Denmark accreted to the League of Nations. The registration of this Exchange of Notes took place July 4, 1931.

I.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT.

J. Nr. 44. II.

KOPENHAGEN, des 23. Juni 1931.

HERR MINISTER !

Im Namen meiner Regierung beehre ich mich festzustellen, dass zwischen der Deutschen Regierung und der Dänischen Regierung Einverständnis über folgendes besteht :

A. DIE DEUTSCHE REGIERUNG und DIE DÄNISCHE REGIERUNG verpflichten sich, im Rechts hilfeverkehr in Strafsachen

1. Gegenseitigkeit in dem Sinne zu gewährleisten, dass die Stellung eines Ersuchens um Auslieferung, Durchlieferung, Herausgabe von Gegenständen oder sonstige Rechtshilfe in Strafsachen ohne weiteres die Zusicherung einschliesst, im umgekehrten Falle auf Ersuchen des anderen Teiles die begehrte Rechtshilfe zu leisten ;

2. einen Ausgelieferten oder Durchgelieferten ohne Zustimmung des ersuchten Teiles weder wegen einer vor der Auslieferung oder Durchlieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung oder Durchlieferung nicht bewilligt ist, zur Untersuchung zu ziehen, zu bestrafen oder an einen dritten Staat weiterzuliefern, noch aus einem anderen vor der Auslieferung oder Durchlieferung eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, dass es das Gebiet des ersuchenden Teiles innerhalb eines Monats nach dem Tage seiner Freilassung nicht verlässt, oder dass er, nachdem er es verlassen hat, zurückkehrt oder von einer dritten Regierung von neuem ausgeliefert wird ;

3. die Rechte dritter Personen an den von der ersuchten Regierung herausgegebenen Gegenständen unberührt zu lassen und im Falle eines bei der Übergabe gemachten Vorbehalts die herausgegebenen Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben ;

4. Personen, die unter Mitwirkung der ersuchten Regierung als Zeugen oder Sachverständige vor die Behörden der ersuchenden Regierung gestellt oder zum Erscheinen vor diesen Behörden geladen sind, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit weder wegen Täterschaft, Teilnahme, Hehlerei oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder einer anderen vor der Ausreise aus dem Gebiete des ersuchten

Teiles begangenen Straftat zu verfolgen oder zu bestrafen, noch aus einem sonstigen vorher eingetretenen Rechtsgrund in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, dass diese Personen innerhalb einer Woche nach dem Tage, an dem sie entlassen werden und die Ausreise möglich ist, das Gebiet des ersuchenden Teiles nicht verlassen ;

5. auf Ersatz der bei den Behörden der ersuchten Regierung entstehenden Kosten, mit Ausnahme der Kosten der Durchlieferung, der vorläufigen Auslieferung sowie der Gebühren und Auslagen für Sachverständige, zu verzichten.

B. Entsprechend der früher getroffenen Vereinbarung steht in Auslieferungs-, Durchlieferungs- und sonstigen strafrechtlichen Rechtshilfesachen den beiderseitigen obersten Verwaltungsbehörden der unmittelbare Verkehr mit einander frei ; die Zulässigkeit des diplomatischen Weges wird dadurch nicht berührt. Die Ersuchen der deutschen Behörden werden an das Dänische Justizministerium in Kopenhagen, die Ersuchen der dänischen Behörden an die aus der Anlage ersichtlichen Zentralstellen der im einzelnen Falle zuständigen deutschen Länderregierungen gerichtet werden. Bei Übersendung der Rechtshilfeersuchen soll es jedoch den obersten Verwaltungsbehörden jedes Teiles auch offen stehen, die Vermittelung der Gesandtschaft ihres Landes bei dem anderen Teile in Anspruch zu nehmen. Die Gesandtschaft wird sodann das Ersuchen an die zuständige Zentralstelle des anderen Teiles unmittelbar weiterleiten.

C. Die Behörden beider Teile können sich in ihrem Schriftwechsel mit den Behörden des anderen Teiles der eigenen Landessprache bedienen.

D. Die vorstehende, durch Ihre gleichlautende Note vom heutigen Tage bestätigte Vereinbarung tritt sofort in Kraft und kann von jeder Seite mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(Sign.) Freiherr VON RICHTHOFEN.

Seiner Exzellenz
dem Königlichen Minister des Äussern
Herrn Dr. phil. Munch,
Hier.

Pour copie conforme :

E. Reventlow,
Secrétaire général du Ministère
des Affaires étrangères.

II.

UDENRIGSMINISTERIET.
P.J.I.J. No. 27. D. 46.

KOPENHAGEN, den 23. Juni 1931.

HERR GESANDTER,

Im Namen meiner Regierung beehre ich mich festzustellen, dass zwischen der Dänischen Regierung und der Deutschen Regierung Einverständnis über folgendes besteht :

A. DIE DÄNISCHE REGIERUNG und DIE DEUTSCHE REGIERUNG verpflichten sich, im Rechtshilfeverkehr in Strafsachen

1. Gegenseitigkeit in dem Sinne zu gewährleisten, dass die Stellung eines Ersuchens um Auslieferung, Durchlieferung, Herausgabe von Gegenständen oder sonstige Rechtshilfe in Strafsachen ohne weiteres die Zusicherung einschliesst, im umgekehrten Falle auf Ersuchen des anderen Teiles die begehrte Rechtshilfe zu leisten ;

2. einen Ausgelieferten oder Durchgelieferten ohne Zustimmung des ersuchten Teiles weder wegen einer vor der Auslieferung oder Durchlieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung oder Durchlieferung nicht bewilligt ist, zur Untersuchung zu ziehen, zu bestrafen oder an einen dritten Staat weiterzuliefern, noch aus einem anderen vor der Auslieferung oder Durchlieferung eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, dass er das Gebiet des ersuchenden Teiles innerhalb eines Monats nach dem Tage seiner Freilassung nicht verlässt, oder dass er, nachdem er es verlassen hat, zurückkehrt oder von einer dritten Regierung von neuem ausgeliefert wird ;

3. die Rechte dritter Personen an den von der ersuchten Regierung herausgegebenen Gegenständen unberührt zu lassen und im Falle eines bei der Übergabe gemachten Vorbehalts die herausgegebenen Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben ;

4. Personen, die unter Mitwirkung der ersuchten Regierung als Zeugen oder Sachverständige vor die Behörden der ersuchenden Regierung gestellt oder zum Erscheinen vor diesen Behörden geladen sind, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit weder wegen Täterschaft, Teilnahme, Hehlerei oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder einer anderen vor der Ausreise aus dem Gebiete des ersuchten Teiles begangenen Straftat zu verfolgen oder zu bestrafen, noch aus einem sonstigen vorher eingetretenen Rechtsgrund in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, dass diese Personen innerhalb einer Woche nach dem Tage, an dem sie entlassen werden und die Ausreise möglich ist, das Gebiet des ersuchenden Teiles nicht verlassen ;

5. auf Ersatz der bei den Behörden der ersuchten Regierung entstehenden Kosten, mit Ausnahme der Kosten der Durchlieferung, der vorläufigen Auslieferung sowie der Gebühren und Auslagen für Sachverständige, zu verzichten.

B. Entsprechend der früher getroffenen Vereinbarung steht in Auslieferungs-, Durchlieferungs- und sonstigen strafrechtlichen Rechtshilfesachen den beiderseitigen obersten Verwaltungsbehörden der unmittelbare Verkehr mit einander frei ; die Zulässigkeit des diplomatischen Weges wird dadurch nicht berührt. Die Ersuchen der deutschen Behörden werden an das Dänische Justizministerium in Kopenhagen, die Ersuchen der dänischen Behörden an die aus der Anlage ersichtlichen Zentralstellen der im einzelnen Falle zuständigen deutschen Länderregierungen gerichtet werden. Bei Übersendung der Rechtshilfeersuchen soll es jedoch den obersten Verwaltungsbehörden jedes Teiles auch offen stehen, die Vermittelung der Gesandtschaft ihres Landes bei dem anderen Teile in Anspruch zu nehmen. Die Gesandtschaft wird sodann das Ersuchen an die zuständige Zentralstelle des anderen Teiles unmittelbar weiterleiten.

C. Die Behörden beider Teile können sich in ihrem Schriftwechsel mit den Behörden des anderen Teiles der eigenen Landessprache bedienen.

D. Die vorstehende, durch Ihre gleichlautende Note vom heutigen Tage bestätigte Vereinbarung tritt sofort in Kraft und kann von jeder Seite mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden.

Genehmigen Sie, Herr Gesandter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(Sign.) P. MUNCH.

An den Deutschen Gesandten
Freiherrn H. von Richthofen.

Pour copie conforme :

E. Reventlow,
Secrétaire général du Ministère
des Affaires étrangères.

VERZEICHNIS

DER FÜR DEN RECHTSHILFEVERKEHR IN STRAFSACHEN ZUSTÄNDIGEN ZENTRALSTELLEN
DER DEUTSCHEN LÄNDERREGIERUNGEN

<i>Land :</i>	<i>Zentralstelle :</i>
Preussen	Preussisches Justizministerium in Berlin.
Bayern	Bayerisches Staatsministerium des Aussern in München.
Sachsen	Sächsisches Justizministerium in Dresden.
Württemberg	Württembergisches Justizministerium in Stuttgart.
Baden	Badisches Justizministerium in Karlsruhe.
Thüringen	Thüringisches Justizministerium in Weimar.
Hessen	Hessisches Justizministerium in Darmstadt.
Hamburg	Landesjustizverwaltung in Hamburg.
Mecklenbourg-Schwerin	Mecklenburg-Schwerinsches Justizministerium in Schwerin.
Braunschweig	Braunschweigisches Justizministerium in Braunschweig.
Oldenburg	Oldenburgisches Ministerium der Justiz in Oldenburg.
Anhalt	Anhaltisches Staatsministerium in Dessau.
Bremen	Justizkommission des Senats in Bremen.
Lippe-Detmold	Lippisches Landespräsidium in Detmold.
Lübeck	Justizkommission des Senats in Lübeck.
Mecklenburg-Strelitz	Mecklenburg-Strelitzsches Ministerium des Innern, Abteilung für die Justiz, in Neustrelitz.
Schaumburg-Lippe	Schaumburg-Lippische Landesregierung in Bückeburg.

Pour copie conforme :

E. Reventlow,

*Secrétaire général du Ministère des
Affaires étrangères.*

¹ TRADUCTION.

N^o 2753. — ÉCHANGE DE NOTES ENTRE LES GOUVERNEMENTS ALLEMAND ET DANOIS, COMPORTANT UN ARRANGEMENT RELATIF A L'EXTRADITION ET A L'ASSISTANCE JUDICIAIRE EN MATIÈRE PÉNALE. COPENHAGUE, LE 23 JUIN 1931.

I.

AMBASSADE D'ALLAMAGNE.

J. N^o 44. II.

COPENHAGUE, le 23 juin 1931.

MONSIEUR LE MINISTRE,

Au nom de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de constater qu'entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement danois, il a été convenu ce qui suit :

A. LE GOUVERNEMENT ALLEMAND et LE GOUVERNEMENT DANOIS ont pris, en ce qui concerne la coopération judiciaire en matière pénale, les engagements ci-après :

1^o Ils s'assureront la réciprocité en ce sens que la présentation d'une demande d'extradition, de passage en transit d'un extradé, de remise d'objets ou de toute autre coopération judiciaire en matière pénale comporte *co ipso* l'assurance qu'inversement la coopération désirée sera accordée sur la demande de l'autre Partie.

2^o Ils ne déféreront au magistrat instructeur, ne puniront ni ne réextraderont à un tiers Etat, sans le consentement de la Partie requise, un extradé ou un extradé

¹ TRANSLATION.

No. 2753. — EXCHANGE OF NOTES BETWEEN THE GERMAN AND DANISH GOVERNMENTS CONSTITUTING AN ARRANGEMENT REGARDING EXTRADITION AND JUDICIAL ASSISTANCE IN CRIMINAL MATTERS. COPENHAGEN, JUNE 23, 1931.

I.

GERMAN LEGATION.

J. No. 44. II.

COPENHAGEN, June 23, 1931.

MONSIEUR LE MINISTRE,

On behalf of my Government I have the honour to declare that the German Government and the Danish Government have agreed as follows :

A. THE GERMAN GOVERNMENT and THE DANISH GOVERNMENT undertake, as regards legal co-operation in criminal matters :

(1) To accord each other reciprocity in as much as the presentation of a requisition for extradition, the conveyance in transit of a person surrendered, the handing over of articles or any other form of legal co-operation in criminal matters shall afford an assurance that, in the opposite case, the desired co-operation shall be granted on the request of the other Party ;

(2) Not to institute proceedings against, punish or surrender to a third country, without the consent of the Party applied to, a person surrendered or conveyed in

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, à titre d'information.

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

passant en transit par leur territoire, en raison d'un acte commis avant l'extradition ou le passage en transit et pour lequel l'extradition ou le passage en transit n'a pas été accordé, et ils ne porteront pas non plus atteinte à la liberté individuelle de la personne en question pour une cause antérieure à l'extradition ou au passage de l'extradé en transit, à moins que ladite personne n'ait pas quitté le territoire du gouvernement requérant dans un délai d'un mois, à compter du jour de son élargissement, ou qu'après avoir quitté ce territoire elle y retourne ou soit à nouveau livrée à ce pays par un gouvernement tiers.

3° Ils sauvegarderont les droits des tiers sur les objets remis par le gouvernement requis et, en cas de réserves formulées au moment de la remise, ils restitueront immédiatement, sur demande, les objets qui leur auront été remis.

4° Ils ne poursuivront ni ne puniront les personnes, à quelque nationalité qu'elles appartiennent qui, avec l'aide du gouvernement requis, sont mises à la disposition des autorités du Gouvernement requérant ou sont citées à comparaître devant lesdites autorités, en qualité d'auteurs, co-auteurs, receleurs ou complices, à raison de l'infraction faisant l'objet de l'instruction ou d'une autre infraction commise avant que les inculpés aient quitté le territoire du gouvernement requis ; ils ne porteront pas non plus atteinte à la liberté individuelle desdites personnes pour toute autre cause antérieure, à moins qu'elles n'aient pas quitté le territoire du gouvernement requérant dans un délai d'une semaine à compter du jour où elles ont été libérées et où elles ont eu la possibilité de quitter le pays.

5° Ils renonceront au remboursement des frais encourus par les autorités du gouvernement requis, à l'exception des frais du passage en transit ainsi que des émoluments et des débours afférents aux experts.

transit, for an offence committed before his extradition or conveyance in transit, other than that for which it was granted, nor to interfere with his personal freedom on other legal grounds which have arisen prior to his extradition or conveyance in transit, unless he fails to leave the territory of the Party making the application within one month from the date of his release, or returns after he has left the said territory, or is again surrendered by a third Government ;

(3) To safeguard the rights of third parties to articles handed over by the Government applied to, and should reservations be made at the time they are handed over to return the said article immediately upon request ;

(4) Not to institute proceedings against or to punish persons, whatever their nationality, who, with the assistance of the Government applied to, are placed at the disposal of the authorities of the Government making the application or summoned to appear before the said authorities as witnesses or experts, on the ground that such persons have committed or participated in the offence forming the subject of the enquiry or some other punishable offence committed before they left the territory of the Party applied to, or have acted as accessories after the fact or aided and abetted the offender, and not to interfere with their personal freedom on other legal grounds which have previously arisen, unless such persons fail to leave the territory of the Party making the application within one week from the day on which they are free and it is possible for them to do so ;

(5) To waive their claims to a refund of the expenses incurred by the authorities of the Government applied to, with the exception of the cost of conveyance in transit or temporary surrender of the person in question, and experts' fees and expenses.

B. Conformément à l'accord intervenu précédemment, les autorités administratives su-

B. In accordance with the previous agreement, the supreme administrative authorities

prêmes des deux parties sont libres de correspondre directement en ce qui concerne les cas d'extradition, de passage d'un extradé en transit et autres questions de coopération judiciaire en matière pénale ; la faculté de recourir à la voie diplomatique n'en sera pas affectée. Les requêtes des autorités allemandes seront adressées au ministre de la Justice danois à Copenhague et celles des autorités danoises aux autorités centrales, figurant à l'annexe, des gouvernements des pays allemands compétents dans chaque cas. Les autorités administratives suprêmes de chacune des parties conserveront toutefois la faculté, en ce qui concerne l'envoi desdites requêtes, de recourir chacune à l'intermédiaire de la légation de leur pays auprès de l'autre partie. La légation transmettra dans ce cas directement la requête à l'autorité centrale compétente de l'autre partie.

C. Les autorités des deux parties peuvent faire usage de leur propre langue nationale dans la correspondance avec les autorités de l'autre partie.

D. L'accord ci-dessus, confirmé par votre note de teneur identique de ce jour, entre immédiatement en vigueur et peut être dénoncé par chacune des deux parties avec un préavis de six mois.

Veillez, etc.

(Signé) Freiherr VON RICHTHOFEN.

S. E. M. Munch, Dr phil.,
Ministre des Affaires étrangères,
Copenhague.

II.

MINISTÈRE
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES.

P. J. I. J. N° 27.D.46.

COPENHAGUE, le 23 juin 1931.

MONSIEUR LE MINISTRE,

Au nom de mon gouvernement, j'ai l'honneur de constater qu'entre le Gouvernement danois et le Gouvernement allemand, il a été convenu ce qui suit :

of both Parties shall be free to correspond direct with each other in regard to cases of extradition, the conveyance in transit of persons surrendered and other questions of legal co-operation in criminal matters ; the possibility of recourse to the diplomatic channel shall not thereby be affected. The requests of the German authorities shall be sent to the Danish Ministry of Justice at Copenhagen, and the requests of the Danish authorities to the central authorities of the Government of the German State competent to deal with the case, as indicated in the Annex. The supreme administrative authorities of each Party shall, however, have the right to send such requests through the legation of their country accredited to the other Party. The legation shall then transmit the request direct to the competent central authority of the other Party.

C. The authorities of one Party may correspond with the authorities of the other in their own language.

D. The foregoing agreement, confirmed by your Note of to-day of like tenor, shall come into force immediately and may be denounced by either Party on giving six months' notice.

I have the honour, etc.

(Signed) Freiherr VON RICHTHOFEN.

His Excellency M. Munch, Ph. D.,
Minister for Foreign Affairs,
Copenhagen.

II.

MINISTRY
OF FOREIGN AFFAIRS.

P. J. I. J. No. 27.D.46.

COPENHAGEN, June 23, 1931.

MONSIEUR LE MINISTRE,

On behalf of my Government I have the honour to declare that the Danish Government and the German Government have agreed as follows :

A. LE GOUVERNEMENT DANOIS et LE GOUVERNEMENT ALLEMAND ont pris, en ce qui concerne la coopération judiciaire en matière pénale, les engagements ci-après :

1^o Ils s'assureront la réciprocité en ce sens que la présentation d'une demande d'extradition, de passage en transit d'un extradé, de remise d'objets ou de toute autre coopération judiciaire en matière pénale comporte *co ipso* l'assurance qu'inversement la coopération désirée sera accordée sur la demande de l'autre partie.

2^o Ils ne déféreront au magistrat instructeur, ne puniront ni ne réextraderont à un tiers Etat, sans le consentement de la Partie requise, un extradé ou un extradé passant en transit par leur territoire, en raison d'un acte commis avant l'extradition ou le passage en transit et pour lequel l'extradition ou le passage en transit n'a pas été accordé, et ils ne porteront pas non plus atteinte à la liberté individuelle de la personne en question pour une cause antérieure à l'extradition ou au passage de l'extradé en transit, à moins que ladite personne n'ait pas quitté le territoire du gouvernement requérant dans un délai d'un mois, à compter du jour de son élargissement, ou qu'après avoir quitté ce territoire elle y retourne ou soit à nouveau livrée à ce pays par un gouvernement tiers.

3^o Ils sauvegarderont les droits des tiers sur les objets remis par le gouvernement requis et, en cas de réserves formulées au moment de la remise, ils restitueront immédiatement, sur demande, les objets qui leur auront été remis.

4^o Ils ne poursuivront ni ne puniront les personnes, à quelque nationalité qu'elles appartiennent qui, avec l'aide du gouvernement requis, sont mises à la disposition des autorités du gouvernement requérant ou sont citées à comparaître devant lesdites autorités, en qualité d'auteurs, co-auteurs, receleurs ou complices, à raison de l'infraction faisant l'objet de l'instruction ou d'une autre infraction commise avant que les inculpés aient quitté le territoire du gouvernement requis ; ils ne porteront non plus atteinte à la liberté individuelle desdites personnes pour toute autre cause antérieure, à moins qu'elles n'aient pas quitté le territoire du

A. THE DANISH GOVERNMENT and THE GERMAN GOVERNMENT undertake, as regards legal co-operation in criminal matters :

(1) To accord each other reciprocity in as much as the presentation of a requisition for extradition the conveyance in transit of a person surrendered, the handing over of articles or any other form of legal co-operation in criminal matters shall afford an assurance that, in the opposite case, the desired co-operation shall be granted on the request of the other Party ;

(2) Not to institute proceedings against, punish, or surrender to a third country, without the consent of the Party applied to, a person surrendered or conveyed in transit, for an offence committed before his extradition or conveyance in transit, other than that for which it was granted, nor to interfere with his personal freedom on other legal grounds which have arisen prior to his extradition or conveyance in transit, unless he fails to leave the territory of the Party making the application within one month from the date of his release, or returns after he has left the said territory, or is again surrendered by a third Government ;

(3) To safeguard the rights of third parties to articles handed over by the Government applied to. And should reservation be made at the time they are handed over to return the said articles immediately upon request ;

(4) Not to institute proceedings against, or to punish persons, whatever their nationality, who, with the assistance of the Government applied to, are placed at the disposal of the authorities of the Government making the application or summoned to appear before the said authorities as witnesses or experts, on the ground that such persons have committed or participated in the offence forming the subject of the enquiry or some other punishable offence committed before they left the territory of the Party applied to, or have acted as accessories after the fact or aided and abetted the offender, and not to interfere with their personal

gouvernement requérant dans un délai d'une semaine à compter du jour où elles ont été libérées et où elles ont eu la possibilité de quitter le pays.

5° Ils renonceront au remboursement des frais encourus par les autorités du gouvernement requis, à l'exception des frais du passage en transit ainsi que des émoluments et des débours afférents aux experts.

B. Conformément à l'accord intervenu précédemment, les autorités administratives suprêmes des deux parties sont libres de correspondre directement en ce qui concerne les cas d'extradition, de passage d'un extradé en transit des délinquants extradés, et autres questions de coopération judiciaire en matière pénale ; la faculté de recourir à la voie diplomatique n'en sera pas affectée. Les requêtes des autorités allemandes seront adressées au ministre de la Justice danois à Copenhague et celles des autorités danoises aux autorités centrales, figurant à l'annexe, des gouvernements des pays allemands compétents dans chaque cas. Les autorités administratives suprêmes de chacune des parties conserveront toutefois la faculté, en ce qui concerne l'envoi desdites requêtes, de recourir chacune à l'intermédiaire de la légation de leur pays auprès de l'autre partie. La légation transmettra dans ce cas directement la requête à l'autorité centrale compétente de l'autre partie.

C. Les autorités des deux parties peuvent faire usage de leur propre langue nationale dans la correspondance avec les autorités de l'autre partie.

D. L'accord ci dessus, confirmé par votre note de teneur identique de ce jour, entre immédiatement en vigueur et peut être dénoncé par chacune des deux parties avec un préavis de six mois.

Veuillez, etc.

(Signé) P. MUNCH.

M. le Baron de Richthofen,
Ministre d'Allemagne.

freedom on other legal grounds which have previously arisen, unless such persons fail to leave the territory of the Party making the application within one week from the day on which they are free and it is possible for them to do so ;

(5) To waive their claims to a refund of the expenses incurred by the authorities of the Government applied to with the exception of the cost of conveyance in transit or temporary surrender of the person in question, and experts' fees and expenses.

B. In accordance with the previous agreement, the supreme administrative authorities of both Parties shall be free to correspond direct with each other in regard to cases of extradition, the conveyance in transit of persons surrendered and other questions of legal co-operation in criminal matters ; the possibility of recourse to the diplomatic channel shall not thereby be affected. The requests of the German authorities shall be sent to the Danish Ministry of Justice at Copenhagen, and the requests of the Danish authorities to the central authorities of the Government of the German State competent to deal with the case, as indicated in the Annex. The supreme administrative authorities of each Party shall, however, have the right to send such requests through the legation of their country accredited to the other Party. The legation shall then transmit the request direct to the competent central authority of the other Party.

C. The authorities of one Party may correspond with the authorities of the other in their own language.

D. The foregoing agreement, confirmed by your Note of to-day of like tenor, shall come into force immediately and may be denounced by either Party on giving six months' notice.

I have the honour, etc.

(Signed) P. MUNCH.

Freiherr H. von Richthofen,
German Minister.

LISTE

DES AUTORITÉS CENTRALES DES GOUVERNEMENTS
DES PAYS ALLEMANDS COMPÉTENTES EN CE
QUI CONCERNE LA COOPÉRATION JUDICIAIRE EN
MATIÈRE PÉNALE.

<i>Pays</i>	<i>Autorités centrales</i>
Prusse	Ministère de la Justice de Prusse, à Berlin.
Bavière	Ministère d'Etat des Affaires étrangères de Bavière, à Munich.
Saxe	Ministère de la Justice de Saxe, à Dresde.
Wurtemberg	Ministère de la Justice du Wurtemberg, à Stuttgart.
Bade	Ministère de la Justice badois, à Karlsruhe.
Thuringe	Ministère de la Justice de Thuringe, à Weimar.
Hesse	Ministère de la Justice de Hesse, à Darmstadt.
Hambourg	Administration judiciaire du territoire, à Hambourg.
Mecklembourg-Schwerin	Ministère de la Justice du Mecklembourg-Schwerin, à Schwerin.
Brunswick	Ministère de la Justice du Brunswick, à Brunswick.
Oldenbourg	Ministère de la Justice de l'Oldenbourg, à Oldenbourg.
Anhalt	Ministère de la Justice d'Anhalt, à Dessau.
Brême	Commission judiciaire du Sénat, à Brême.
Lippe-Detmold	Landespräsidium de Lippe, à Detmold.
Lubeck	Commission judiciaire du Sénat, à Lubeck.
Mecklembourg-Strelitz	Département de la Justice du Ministère de l'Intérieur de Mecklembourg-Strelitz, à Neustrelitz.
Schaumbourg-Lippe	Gouvernement du pays de Schaumbourg-Lippe, à Buckeburg.

LIST

OF CENTRAL AUTHORITIES OF THE GOVERNMENTS
OF THE GERMAN STATES COMPETENT AS REGARDS
LEGAL CO-OPERATION IN CRIMINAL MATTERS.

<i>State</i>	<i>Central Authority</i>
Prussia	Prussian Ministry of Justice, Berlin.
Bavaria	Ministry of State for Foreign Affairs of Bavaria, Munich.
Saxony	Ministry of Justice of Saxony, Dresden.
Wurtemberg	Ministry of Justice of Wurtemberg, Stuttgart.
Baden	Ministry of Justice of Baden, Karlsruhe.
Thuringia	Ministry of Justice of Thuringia, Weimar.
Hesse	Ministry of Justice of Hesse, Darmstadt.
Hamburg	Administration of Justice, Hamburg.
Mecklenburg-Schwerin	Ministry of Justice of Mecklenburg-Schwerin, Schwerin.
Brunswick	Ministry of Justice of Brunswick, Brunswick.
Oldenburg	Ministry of Justice of Oldenburg, Oldenburg.
Anhalt	Ministry of State of Anhalt, Dessau.
Bremen	Judicial Commission of the Senate, Bremen.
Lippe-Detmold	Landespräsidium of Lippe, Detmold.
Lubeck	Judicial Commission of the Senate, Lubeck.
Mecklenburg-Strelitz	Department of Justice of the Ministry of the Interior of Mecklenburg-Strelitz, Neustrelitz.
Schaumburg-Lippe	Government of the State of Schaumburg-Lippe, Buckeburg.